Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Geschäftsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 218. — 87 Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 17. September 1928

O du mein Oesterreich!

Schon das alte Österreich hatte vor dem Kriege eine recht wenig erhebende Berühmtheit erlangt wegen der Schärfe, mit der dort die innenpolitischen Gegensätze aufeinanderkrachten. Waren es damals in der Hauptsache die Streitigkeiten zwischen den Völkerschaften der vielgestaltigen Habsburger Monarchie, so fehlte es doch auch nicht an einem Aufeinanderprallen der verschiedenen Parteien. Immerhin hatten aber doch die Kämpfe der Völkerschaften gegeneinander das Emporflammen parteipolitischer Differenzen sogar bei den Deutschen des Habsburger Reiches abgeschwächt. Jetzt, im kleinen Deutsch-Österreich, in dem die Deutschen ganz unter sich sind, ist es aber ganz anders geworden und man muß die Feststellung machen, daß dort die parteipolitischen Gegensätze wohl noch schärfer sich ausprägen als im Deutschen Reich. Schon im Parlament kommt dies zum Ausdruck, in dem einer Koalition sämtlicher bürgerlichen Parteien die oppositionelle Sozialdemokratie mit einem übrigens recht unbedeutenden kommunistischen Anhängsel gegenübersteht, obwohl es eine Zeit gegeben hat — manchmal hatte es sogar den Anschein, als ob diese Zeit wiederkehrte —, da eine Koalition von Sozialdemokraten und Christlichsozialen, der Partei des jetzigen Bundeskanzlers Dr. Seipel, bestanden hat. Verschärft werden die Gegensätze noch dadurch, daß die Sozialdemokratische Partei im „Republikanischen Schutzbund" eine kräftige Kampforganisation hat, außerdem in Wien die Herrschaft über diesen „Wasserkopf Österreichs fest in Händen hält. Auf der anderen Seite stehen die erst in neuester Zeit begründeten Heimatwehren, deren Anhänger von der äußersten Rechten bis tief in die Reihen der Christlichsozialen hineinreichen. Und diese Heimatwehren wollen nun am 7. Oktober in Wiener-Neustadt eine Kundgebung veranstalten; gleichzeitig aber hat die Sozialdemokratie bzw. der Republikanische Schutzbund erklärt, er würde diesen Aufmarsch der Heimatwehren mit einer Gegendemonstration beantworten.

Die österreichische Regierung ist nun vor die Notwendigkeit versetzt, die erwarteten Zusammenstöße durch entsprechende Maßnahmen zu verhindern. Daß irgendeine der beiden Seiten auf die Demonstration verzichtet, ist kaum anzunehmen. Und daß die Gemüter bis zum 7. Oktober bis zur Siedehitze emporgekocht sein werden, daran ist leider nicht zu zweifeln. Gesellt sich doch zu diesem parteipolitischen Gegensatz auch noch manche andere Strömung, die verschärfend wirkt, nicht zuletzt die Tatsache, daß in Deutsch-Österreich die Kluft zwischen Stadt und Land, genauer gesagt, zwischen Wien und namentlich den Alpenländern, weit tiefer ist als in Deutschland. Nebenbei bemerkt: Ein Drittel der Gesamteinwohnerzahl Deutsch-Österreichs entfällt auf Wien und aus diesem Grunde ist für die im Schatten von St. Germain so widernatürlich erfolgte Gestaltung Deutsch-Österreichs jener Vergleich von dem „Wasserkopf" und den anderen Körpergliedern geprägt worden. Und schließlich fehlt es auch nicht an konfessionellen Differenzen, die sich in diesem in der Hauptsache rein katholischen Land gerade in den Zeiten nach der Revolution besonders drastisch herausgebildet haben.

Alles dies muß man wissen, um zu verstehen, daß die Besorgnis, mit der die Regierung dem 7. Oktober entgegensieht, überaus begründet ist. Man denkt noch mit Schaudern zurück an den 15. Juli vergangenen Jahres, als in Wien sich die bekannten Ereignisse abspielten. Leider ist die Staatsgewalt in Deutsch-Österreich — das kann ruhig gesagt werden — längst nicht so gefestigt wie in Deutschland und das ist auch angesichts der unglücklichen wirtschaftlichen Lage dieses Landes mit seiner verhältnismäßig viel größeren Zahl von Arbeitslosen letzten Endes nicht verwunderlich. Man verfährt infolgedessen auf beiden Seiten bei der Agitation auch viel „massiver" in der Durchsetzung dessen, was man will, auch viel rücksichtsloser und spart dabei natürlich mit wilden Worten am allerwenigsten. Übrigens ist es merkwürdig, daß in diesem Lande, in dem das Bild des alten Kaisers Franz Joseph fast in jeder Hütte hing, von einer monarchischen Bewegung überhaupt nicht die Rede ist; zweifellos auffallend in einem Lande von einer viel älteren monarchischen Tradition als beispielsweise Deutschland. So sind auch die Heimatwehren eigentlich nur antisozialdemokratisch stark beeinflußt durch ihre wesentlich ländlichen Rekrutierungsbezirke, hinsichtlich ihrer rein politischen Ziele aber vorläufig noch recht unbestimmt. Auf der anderen Seite steht der sozialdemokratische Republikanische Schutzbund, der sich darin von dem deutschen „Reichsbanner" unterscheidet, in unversöhnlichem Gegensatz zur Christlichsozialen Partei, die bekanntlich dem deutschen Zentrum entspricht. Das deutsche Mittelglied zwischen diesen Parteien, nämlich die Demokraten, fehlt in Deutsch-Österreich so gut wie ganz: seine wenigen Anhänger, die es nicht zu einem Abgeordneten gebracht haben, beschränken sich auf Wien, spielen aber gar keine Rolle.

So hat die Nachkriegsentwicklung Österreich dahin getrieben, daß dieses unglückliche Land nun auch noch unter schärfster parteipolitischer Zersetzung mehr als genug zu leiden hat. Es fehlt auch ganz und gar an den wirtschaftspolitischen „Querverbindungen", die es in Deutschland und im Deutschen Reichstag recht reichlich gibt und die auf den Gegensatz der politischen Parteien vielfach mildernd einwirkten und einwirken. Dort aber zwischen der Leitha und dem Bodensee, zwischen dem Brenner und der tschechischen Grenze platzen die Köpfe und, wie es schon leider allzuoft geschehen ist, auch die Fäuste in ungemindertem Haß aufeinander. Dr. Seipels Regierung wird viel tun müssen, damit der 7. Oktober in Wiener-Neustadt nicht dieselbe traurige Berühmtheit erhält wie jener 15. Juli 1927.

Bundesrat Dr. Steidle,
der Führer der österreichischen Heimwehrverbände, die sich am 7. Oktober in Wiener-Neustadt versammeln wollen.

Das Ergebnis der Räumungsverhandlungen

Reichskanzlerbericht aus Genf.

Sonnabend trat das Reichskabinett in Berlin zusammen, um das bisherige Resultat der Genfer Besprechungen zu prüfen. An der Sitzung nahmen unter dem Vorsitz des Reichswehrministers Gröner sämtliche Mitglieder des Reichskabinetts mit Ausnahme des Reichskanzlers, des Reichsaußenministers und des Justizministers Koch teil. Den Beratungen lag der telegraphische Bericht zugrunde, den die deutsche Delegation in Genf über die bisherigen Beratungen nach Berlin gesandt hat. Die Kabinettssitzung trug den Charakter besonderer Vertraulichkeit. Das erklärt sich schon daraus, daß in dieser Kabinettssitzung nicht nur zu bestimmten Vorschlägen der Genfer Delegation Beschluß zu fassen, sondern auch die in Genf zu befolgende Taktik zu beraten war. Die Sitzung wurde nach einigen Stunden unterbrochen und später wieder aufgenommen.

Die Beschlüsse des Reichskabinetts.

Die Verhandlungen des Reichskabinetts über die Genfer Räumungsverhandlungen dauerten bis in den Abend des Sonnabend. Dann wurde folgende Veröffentlichung ausgegeben:

Das Reichskabinett trat unter Vorsitz des Reichsministers Gröner zu einer Sitzung zusammen, an der die Reichsminister Curtius, Dietrich, von Guérard, Hilferding, Severing, Schätzel und Wissell teilnahmen. Gegenstand der eingehenden Beratung bildete die Lage in Genf, wie sie sich auf Grund der Berichte der Delegation darstellt. Die Haltung der Delegation in Genf fand einmütige Billigung. Die Stellungnahme des Reichskabinetts zu den in Frage stehenden Problemen wurde der Delegation telegraphisch übermittelt.

Die Beratung des Reichskabinetts dauerte vier Stunden. Über alle mit Genf zusammenhängenden Fragen hat ein lebhafter Meinungsaustausch nicht nur zwischen Kabinett und Delegation, sondern auch mit Außenminister Stresemann in Baden-Baden stattgefunden. Das Kabinett hat sich mit seiner Entscheidung der Rede Stresemanns vom Januar angeschlossen, die jede Beaufsichtigung des Rheinlandes über das Jahr 1935 hinaus ablehnt. Das Kabinett hat eine Schieds- oder Schlichtungsinstanz nur für annehmbar erklärt, wenn sie mit dem Jahre 1935 verschwindet.

Die Beschlüsse des Kabinetts werden der deutschen Delegation in Genf telegraphisch mitgeteilt, damit sie resp. der Reichskanzler Sonntag bei der dritten Räumungsaussprache in Genf in voller Übereinstimmung mit der Reichsregierung vorzugehen imstande ist.

Reichskanzler Müller stattete in Genf dem polnischen Minister des Äußern, Zaleski, einen Gegenbesuch ab und folgte sodann einer Einladung des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, bei dem er Gelegenheit zu einer Begegnung mit Bernard Shaw und zu einer längeren Unterhaltung mit dem tschechoslowakischen Minister des Äußern, Benesch, hatte. Dann empfing der Reichskanzler den lettländischen Minister des Äußern, Balodis, den rumänischen Gesandten in Berlin, Comnen, und das Mitglied der norwegischen Delegation Fridtjof Nansen.

Auswärtiger Ausschuß Ende der Woche.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags wird für Ende der Woche einberufen werden. Sein Vorsitzender, der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann, ist erst am Sonnabend nach Berlin zurückgekehrt, hat aber noch keine Entscheidung über einen bestimmten Termin getroffen.

Dritte Genfer Rheinlandbesprechung.

Weitere Konferenz zunächst nicht erwartet.

Die dritte gemeinsame Besprechung über die Frage der Rheinlandräumung wurde Sonntag nachmittag nach mehr als dreistündiger Dauer beendet. Deutschland war wieder durch Reichskanzler Müller und Staatssekretär von Schubert vertreten, für England nahm Lord Cushendun teil, für Frankreich Briand, für Belgien Hymans, für Italien Scialoja und für Japan Adatci. Nach der Besprechung waren die Teilnehmer einschließlich der Dolmetscher Gäste beim Frühstück bei Lord Cushendun. Eine weitere Besprechung während der jetzigen Tagung wird nicht mehr erwartet.

Die amtliche Mitteilung.

Das gemeinsam vereinbarte Communique über die Besprechung hat in der amtlichen deutschen Übersetzung folgenden Wortlaut:

„Am Schluß der dritten Besprechung, die die Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Japans abhielten, haben sie mit Befriedigung die freundschaftlichen Bedingungen festgestellt, unter denen die wichtigen Fragen erörtert worden sind, welche der Gegenstand ihres Meinungsaustausches waren.

Eine Einigung ist in folgenden Punkten zwischen ihnen zustandegekommen:

1. Über die Eröffnung einer offiziellen Verhandlung über die vom Reichskanzler vorgebrachte Forderung nach vorzeitiger Rheinlandräumung.

2. Über die Notwendigkeit, das Reparationsproblem vollständig und endgültig zu regeln und zu diesem Zweck eine Kommission von Finanzsachverständigen der sechs Regierungen einzusetzen.

3. Über den Grundsatz der Einsetzung einer Feststellungs- und Vergleichskommission. Die Zusammensetzung, das Funktionieren, der Gegenstand und die Dauer dieser Kommission sind einer Verhandlung zwischen den Regierungen vorbehalten."

Reichskanzler Müller verließ Sonntag nacht in Begleitung von Staatssekretär Dr. Pünder und Ministerialdirektor Zechlin Genf und wird nach einem Besuch beim Reichsminister des Äußern Dr. Stresemann in Baden-Baden am Dienstag vormittag wieder in Berlin eintreffen.

Kontrolle über 1935 hinaus, sagen die Alliierten.

Genf, 16. September. Lord Cushendun hat am Sonntag nach Abschluß der dritten Besprechung der sechs Mächte einigen maßgebenden englischen Journalisten eine offizielle Erklärung abgegeben, die gerade im gegenwärtigen Augenblick außerordentliche Bedeutung gewinnt, da sie über die offiziell ausgegebene Verlautbarung der heutigen Zusammenkunft weit hinausgeht und das tatsächliche Ergebnis der Verhandlungen eindeutig darlegt. Die Erklärungen Lord Cushenduns, der in den Besprechungen der sechs Mächte den Vorsitz geführt hat, können kurz folgendermaßen zusammengefaßt werden:

1. Die Initiative für die weiteren Verhandlungen über die Rheinlandräumung, insbesondere über die Bedingungen unter den die Verhandlungen jetzt weiter fortgeführt werden können, liegt ausdrücklich bei der deutschen Regierung. Es ist jetzt Aufgabe der deutschen Regierung, Vorschläge über die Regelung der Reparationsfrage den Alliierten vorzulegen.

2. In der Reparationsfrage sucht die englische Regierung bei der Mobilisierung der deutschen Reparationsschuld die gleiche Summe zu erhalten, die England den Vereinigten Staaten zu zahlen hat.

3. Es ist in den Verhandlungen festgestellt worden, daß die Feststellungs- und Vergleichskommission nicht einen militärischen, sondern einen rein zivilen Charakter tragen soll. Jedoch ist nicht entschieden, ob Deutschland in dieser Kommission vertreten sein soll. Von französischer und belgischer Seite wird gegen eine Vertretung Deutschlands in dieser Kommission Einspruch erhoben.

4. Es ist festgestellt worden, daß die Kontrolle dieser Kommission sich auf die deutsche entmilitarisierte Rheinlandzone beschränken soll, nicht jedoch auf andere Gebiete des Rheinlandes und nicht auf französisches Gebiet.

Es ist bisher nicht entschieden, ob die Dauer dieser Vergleichskommission mit dem Jahre 1935 ihren Abschluß finden, oder ob die Kommission darüber hinaus bestehen soll. Von alliierter Seite wird gefordert, daß die Dauer dieser Kommission nicht begrenzt wird, jedenfalls über 1935 hinaus andauern soll.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF